

Eierstechen vor dem Griff zum Gewehr

NIDWALDEN Die Regierung will eine Praxisänderung beim Eingriff in Schwänenbestände herbeiführen. Abschüsse sollen das letzte Mittel sein. Sie wird damit beim Bund vorstellig.

OLIVER MATTMANN
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch

Die Empörung in Tierschutzkreisen war gross, als die Nidwaldner Regierung im November drei Jungschwäne zum Abschuss freigab, um deren Artgenossen vom Landwirtschaftsland auf der Allmend in Buochs und Ennetbürgen zu vertreiben. Auch wenn die unpopuläre, aber vom Gesetz her erlaubte Massnahme nicht fruchtete, verteidigte die Nidwaldner Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser das Vorgehen. Weitere Abschüsse werde es vorderhand aber keine mehr geben, versicherte die Regierungsrätin damals.

Und tatsächlich: Es sind keine weiteren Schüsse gefallen. «Wir wollen nicht noch mehr Öl ins Feuer giessen», sagt sie zu den ganzen Emotionen rund um das Thema Schwäne. Der Wolfeschieser Unternehmer Thomas Bettermann hatte wegen der Abschüsse gar eine Strafanzeige gegen den Kanton in Erwägung gezogen. «Vorbereitet wäre sie, ich verfolge sie aber im Moment nicht weiter, weil ich nochmals das Gespräch suchen will mit den Behörden», so Tho-

mas Bettermann gestern auf Anfrage unserer Zeitung.

Wenn, dann am ganzen See

Die Regierung ist in der Zwischenzeit nicht untätig geblieben. Denn von alleine nimmt die aktuelle Überpopulation der majestätischen Vögel, die mit ihrem Kot Schäden am Kulturland der Bauern anrichten, nicht ab. «Wir werden beim Bundesamt für Umwelt vorstellig», hält Karin Kayser fest, «und werden eine Diskussion über die heutige Regelung bei der Bestandesregulierung von Schwänen verlangen.» Konkret will die Nidwaldner Regierung erreichen, dass früher mit Eierstechen während der Brutzeit in die Population eingegriffen werden kann, was auch im Sinne von Thomas Bettermann wäre.

Heute ist dies erst nach Massnahmen wie den umstrittenen Einzelabschüssen und mit einem speziellen Gesuch möglich. Bettermann hält zur Methode des Eierstechens aber fest: «Sie müsste flächendeckend am ganzen Vierwaldstättersee angewendet werden, damit ein nachhaltiger Erfolg eintreten würde.»

Vorreiterrolle wird begrüsst

Die Nidwaldner stehen mit ihrem Anliegen offenbar nicht alleine da, wie das kürzliche Treffen der kantonalen Jagddirektoren zeigte. «Viele andere Regionen kämpfen mit ähnlichen Problemen wie wir und begrüssen es, dass wir aktiv auf den Bund zugehen», erklärt Karin Kayser. So bringt etwa auch Otto Holzgang, Abteilungsleiter Natur, Jagd und Fischerei im Kanton Luzern, Ver-

ständnis auf. «Meiner Meinung nach wäre es sinnvoll, die Schwänenpopulation durch Eierstechen oder Austausch mit Gipseiern verringern zu können, bevor Abschüsse erfolgen.» Selbst jene Kantone, in denen die Schwäne aktuell

diesen Lösungsansatz und ein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann. «Andernfalls behalten wir uns vor, einen politischen Vorstoss einzubringen, um unserem Anliegen noch mehr Gewicht zu verleihen», so Kayser. Auch hier zeichne sich schon heute ab, dass dieser von den übrigen Jagddirektoren mitgetragen würde.

Ist Korporation selber schuld?

Während hinter den Kulissen tüchtig gewebelt wird, fristen die 40 bis 50 Schwäne nach wie vor ihr Dasein auf dem Allmendland. Erst wenn sich der Schnee auch im Tal festsetzt und ihre Futterdecke geschlossen wird, werden sich die Vögel ans Seeufer zurückziehen und von dort aus in den Flachwasserzonen nach Futter suchen, weiss Karin Kayser. Böse Zungen behaupten, die Korporation habe sich das Schwänenproblem auf ihrem Land selber aufgehört, weil sie mit dem Neu- und Ausbau des Buochser Hafens die Tiere vom Ufer vertrieben habe. Für Kayser wird bei diesen Behauptungen nicht die ganze Rechnung gemacht. «Die Korporation realisiert zwar das Projekt, das Bedürfnis nach moderneren und besseren Bootsplätzen haben in erster Linie andere.» Der Mensch breite sich aus und schränke den Lebensraum der Tiere ein. Das sei kein Buochser Phänomen.

Auch den viel gehörten Äusserungen aus der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung, die Bauern würden auf hohem Niveau jammern, vermag Karin Kayser nichts Positives abzugewinnen: «Wenn ich als Spaziergängerin an einer

Landspitze mit Kots Spuren vorbeilaufe, sieht dies optisch natürlich nach wenig aus.» Doch wenn der Bauer das Gras mähe und sich das Exkrement der Schwäne im Ladewagen verteile, dann sei die Gefahr, dass Kühe verunreinigtes Futter erhalten und deren Milch nicht mehr zur Weiterverarbeitung verkauft werden kann, hoch. Kayser: «Von den Korporationen sind uns genau solche Fälle zurückgewiesener Milch gemeldet worden. Sie waren erst der Auslöser, dass wir begonnen haben, Massnahmen zu ergreifen.»

Bauern bis jetzt geduldig

Selbst wenn alle Massnahmen bisher erfolglos verlaufen sind, zeigen sich die Bauern offenbar geduldig. Trotzdem muss mit Beschwerden auf dem offiziellen Weg gerechnet werden, sollten nicht bald Lösungen gefunden werden und die Schwäne weiter Kulturland wegfressen und verkoten. «Dieses Szenario ist nicht auszuschliessen», weiss auch Karin Kayser. Trotz bevorstehender Winterzeit und einer vermeintlichen Beruhigung des Problems. Bei einer allfälligen Schadenersatzforderung müsste die jeweilige Summe genau berechnet werden, sagt sie. Wer für den Schaden haften würde, scheint indes unklar. «Der Kanton ist nicht der Anwalt der Schwäne und der Landwirte», selbst wenn er den gesetzlichen Auftrag habe, für die Begrenzung von Wildschäden an Wald und Bauernland zu sorgen. Kayser hofft, dass es zu keinen Beschwerden kommt und zwischen Mensch und Tier vorher wieder Einklang herrscht.



«Viele andere Regionen kämpfen mit ähnlichen Problemen wie wir.»

KARIN KAYSER, NIDWALDNER REGIERUNGSRÄTIN

kein Thema sind, unterstützen laut Kayser das Begehren oppositionslos.

Die Justiz- und Sicherheitsdirektorin ist deshalb zuversichtlich, dass sich das Bundesamt für Umwelt offen zeigt für

Falls nötig, ziehen sie zum Bundeshaus

GISWIL Über 600 Leute zogen mit Fackeln und Laternen zur Laui. Ein Dorf ist gewillt, auf allen Ebenen gegen geplante Einschränkungen zu kämpfen.

ROMANO CUONZ
redaktion@obwaldnerzeitung.ch

«Früher hat die Obrigkeit wegen der Laui in Giswil die grösste Hexenjagd der Schweiz betrieben, heute betreibt sie Auenschutz», ruft der Giswiler Bauunternehmer und CVP-Kantonsrat Peter Wälti (52) über 600 Männern, Frauen und Kindern zu. Alle sind sie in einem beeindruckend langen Sternmarsch aus den vier Ortsteilen zum Steg bei der alten Kirche gekommen. Ans Lauiufer. Mit Fackeln und Laternen. 1992 habe der Bund das Gebiet ins Inventar schützenswerter Auen aufgenommen, erinnert Wälti. 22 Jahre später lege er nun ein Reglement zum Schutz- und Nutzungsplan auf, gegen welches ganz Giswil protestiere.

Als Wälti beginnt, zahlreiche Argumente dagegen aufzuzählen, wird er immer wieder mit Zurufen und Applaus unterstützt. Naturschutz nationaler Auen, mitten im Streusiedlungsgebiet, wo bei Hochwasser Hilfskräfte ohne Vorabklärungen und Bewilligungen Massnahmen in die Wege leiten müssten, stehe a priori in krassem Widerspruch zum Hochwasserschutz, moniert er. «Dieses Reglement stellt das Schutzziel an erste Stelle, nicht die Menschen.» An der Laui gebe es Waldkindergärten, Waldwege, Grillstellen für Feriengäste und Einheimische. Gemäss Reglement aber dürfe man fünf Meter von Bäumen und Büschen entfernt keine Feuer mehr anzünden. «Man muss uns nichts vormachen in Sachen Naturschutz, wir kennen das am besten, sind wir doch in dieser von Menschenhand geprägten Kulturlandschaft aufgewachsen», sagt Wälti. «Hier handelt es sich nicht um eine sogenannte Wildnis.»



Entschlossen und kampfeswillig: Die Giswiler demonstrieren in Scharen gegen den Auenschutz an ihren Wildbächen.

Bild Romano Cuonz

Die Stege zwischen Klein- und Grosssteil müssten erhalten bleiben, man wolle kein getrenntes Dorf. Ziel sei es, so fordert Redner Wälti, dass Laui und Steinibach aus dem nationalen Inventar schützenswerter Auen gestrichen würden. Dann, mit einem zufriedenen Blick über das Lichtermeer vor ihm: «Mit dem Sternmarsch und unserer Einsprache ist der Kampf noch nicht gewonnen, unter Umständen gehen wir dafür gemeinsam nach Bern vors Bundeshaus.» Gewaltiger Applaus unterstützt diese Kampfansage.

Was die Giswiler zur Laui treibt

Sie wird unterstützt durch andere Leute, die hergekommen sind: Der In-

formatiker und Korporationsrat Remo Berchtold (51) sagt: «Mit der Jungwacht grilliert mein Junior an der Laui oft Würste, das macht sicher mehr Sinn, als wenn die Jungs am Kebabstand am Bahnhof rumhängen würden.» Vreni Enz (53) ist Fahrlehrerin und schenkt vor dem grossen, lodernnden Mahnfeuer warme Getränke aus. «Heute sind unsere Kinder Luca und Marco mit Fackeln bis hierher gelaufen, wir möchten dereinst auch mit unseren Grosskindern noch herkommen können.» Glais Zumstein (78), heute Rentner, singt die ersten Zeilen seines selbst komponierten Giswiler Loiwiliäds: «Z Giswil, zant umenan, kennt man den Loiwistrand, mid sinä Stei und Sand isch är gar wohl-

bekannt ...» Paula Halter (54) – Bäuerin und alt-CVP-Kantonsrätin – findet den Aufmarsch typisch für die Gemeinde. «Wir Giswiler sind uns bewusst geworden, was es heisst, wenn wir eingeschränkt werden», sagt sie. «Um unsere Freiheiten zu erhalten, würde auch ich nach Bern gehen, und ich bin mir sicher, dass Hunderte mitkämen, wenn nötig samt Fackeln und Laternen.»

Angst um Bike-Park

Martin Berchtold (42), Unternehmer, sagt: «An der Laui habe ich schon als Bub Waldhütten gebaut, das will ich auch meinen Kindern und Grosskindern weitergeben können.» Einschränkungen in einem so nahen Erholungsgebiet sind

für ihn weder verständlich noch akzeptabel. «Bahnhof»-Wirt Christoph Zumstein (54) fürchtet um den geplanten Natural-Bike-Park Giswil, der mit Unterstützung von Regionalentwicklungsgeldern bald realisiert werden soll. «Wir haben diese Art des sanften Tourismus in der Laui und um die Laui geplant», sagt er. Durch die Schutzbestimmungen würde seiner Ansicht nach dieses Projekt mit viel Potenzial für Giswils und Obwaldens Tourismus ernsthaft gefährdet. Die ersten Adressaten des Protests, Regierungsrat Paul Federer, Amtsleiter Peter Lienert und Nationalrat Karl Vogler, seien zum Sternmarsch eingeladen worden, gibt Wälti bekannt. Sie hätten sich aber entschuldigt.